

Rede in der Aussprache der Jahresversammlung des Zentralrats der Juden in Deutschland,
Düsseldorf, 28. 11. 2004
(aus dem Stichwortzettel rekonstruiert)

Mein Name ist Prof. Dr. Rolf Verleger, Mitglied des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Lübeck. Ich habe 10 Jahre auf diesen Moment gewartet, hier zu Ihnen sprechen zu können.

Ich spreche zu Ihnen als Delegierter der Jüdischen Gemeinde in Hamburg und Schleswig-Holstein, und ich bin dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Hamburg sehr dankbar, dass er uns die Möglichkeit gegeben hat hier teilzunehmen, mit 2 Delegierten aus Lübeck, 1 aus Kiel und 1 aus Flensburg.

Ich möchte Ihnen die Lage der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein darlegen, um die Darstellung zu vervollständigen, die Ihnen Herr Spiegel in seinem Rechenschaftsbericht gegeben hat.

In Schleswig-Holstein leben ungefähr 2000 Juden, davon über 800 in Lübeck und über 500 in Kiel, als den zwei größeren Zentren. Das Geld des Landes Schleswig-Holstein floss bisher der JG Hamburg zu, daher ist die JG Hamburg Eigentümerin der Lübecker Synagoge und Dienstherr aller Angestellten. Alle Entscheidungen über Lübeck, Kiel und Schleswig-Holstein fielen in der JG Hamburg.

Seit 10 Jahren bemühen wir uns in Lübeck um Autonomie. Wir trafen auf einen unglaublich heftigen Widerstand von Seiten der JG Hamburg. Aber wir haben nie locker gelassen: Wir bildeten Initiativgruppen, wir arbeiteten in Gremien der JG Hamburg, wir gingen vor die Schiedsgerichte (in Hamburg und beim Zentralrat), wir wandten uns an die Landesregierung, und auch öfters an den Zentralrat.

In Lübeck haben wir dies geschafft: Im November 2001 gründeten wir die Jüdische Gemeinde Lübeck e.V., ohne Spaltung der Gemeindemitglieder. Wir organisieren jetzt - noch im von der Jüdischen Gemeinde Hamburg verwalteten Rahmen - unser Gemeindeleben selbst, mit allen Aktivitäten und Problemen, die auch Sie von Ihren Gemeinden kennen.

Hier sagte die Versammlungsleitung, nun seien die jedem Redner zustehenden 3 Minuten Redezeit vorüber. Der Redner widersprach: Er habe hier grundlegende Dinge über die Lage in Schleswig-Holstein zu sagen, dort laufe etwas schief, entgegen der Darstellung im Rechenschaftsbericht des Zentralratspräsidenten. Um dies zu berichten, sei er hierher gekommen. Darauf trat Präsident Spiegel ans Mikrofon und bat die Versammlung, die Redezeitbeschränkung wieder aufzuheben, da der Redner offensichtlich Wichtiges und Sinnvolles zu sagen habe. Die Versammlung stimmte zu.

Zum 1. Januar 2005 haben wir es im ganzen Land geschafft und werden einen selbständigen Landesverband bilden, mit den Gemeinden Lübeck, Kiel und Flensburg. Finanziell sieht es so aus, dass das Land die 350.000 € weiter zahlen wird, die es bisher an die JG Hamburg für Schleswig-Holstein bezahlt hat. Die JG Hamburg schrieb damit ein Defizit. Wir treten nun in alle Verpflichtungen ein. Wir müssen die drei Zentren weiter unterhalten, und daher brauchen wir jeden Cent. Wir möchten den Zentralrat bitten, dafür seinen Einfluss bei der Landesregierung geltend zu machen.

Kompliziert wird die Lage durch die Existenz des Landesverbands Schleswig-Holstein e.V., mit Sitz in Groß-Rönnau. Wie kam es zu dessen Gründung? Ich hatte Ihnen gesagt, dass wir uns mehrfach um Hilfe an den Zentralrat gewandt hatten. Der Rat, den wir erhielten, war: „Gründet Gemeinden und dann einen Landesverband, denn der Zentralrat kann sich nicht in innere Angelegenheiten der JG Hamburg einmischen.“ Das war für uns jedoch sehr schwierig: Wie sollten wir Gemeinden in den bestehenden Gemeinden gründen, ohne diese zu spalten? In Lübeck ist uns das im November 2001 geglückt, in

Kiel aber nicht. Daher konnten wir keinen Landesverband gründen.

Gründen konnten daher einen solchen Landesverband nur Leute außerhalb der JG Hamburg - Außenstehende. So ist es gekommen, ausdrücklich ermutigt durch den Zentralrat. Kern dieses Landesverbands ist die JG Segeberg. Laut Mitgliederliste der JG Hamburg leben nicht mehr als 10 Juden in Bad Segeberg; Mitglieder hat die JG Segeberg aber laut ihrem Vorsitzenden 166. Es ist schwer zu glauben, dass diese Mitgliederzahl ohne Mitglieder aus Hamburg zustande kommen kann. Hier geht es aber um Gelder des Landes Schleswig-Holstein.

Ich hatte Ihnen gesagt, dass wir in die Verpflichtungen der JG Hamburg eintreten und dass bisher ein Defizit bestand. Nun kommt auch noch dieser neue Landesverband und sagt: „Bisher ging das Geld nur nach Lübeck und Kiel. Das reicht jetzt. Das Geld muss jetzt schwerpunktmäßig in die neue Gemeinde!“ Das ist etwa so, als wenn sich in Würselen eine Gemeinde gründet und fordert, es solle nun kein Geld mehr nach Aachen gehen. Oder in Bad Tölz, mit der Forderung, kein Geld mehr nach München.

Es scheint Ihnen, dass es hier um den Gegensatz liberal - orthodox geht. Das ist eine Fehleinschätzung. Vielmehr geht es um Regeln der Fairness und Demokratie, und ob diese Regeln durch eine Gruppe außer Kraft gesetzt werden können, wenn sie nur geschickt genug die Medien bedient.

Es kommt hier wie stets auf die richtige Mischung an. Mein Großvater Itsche-Meier Verleger kam 1905 aus dem russischen Teil Polens nach Deutschland und gründete ein chassidisches Betstübel. Ein Ururgroßvater mütterlicherseits, Dr. phil. Hermann Grünfeld, war konservativer Rabbiner. Beide liegen in Berlin auf dem Friedhof Weißensee.

Die Lübecker Synagoge ist eine der ganz wenigen Synagogen in Deutschland, die die Schoah überstanden haben. Am 19. Juni 2005 werden wir das 125-Jahr-Jubiläum der Synagoge feiern. Wir laden Sie alle sehr herzlich dazu ein. Kommen Sie, damit Sie sich endlich ein Bild von unserer Gemeinde machen können. Sie haben uns auf unserem schwierigen Weg zur Autonomie in den letzten 10 Jahren nicht unterstützt. So respektieren Sie uns wenigstens in Zukunft.